S 6 EG 10/15 und S 6 EG 12/16

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Hessen
Sozialgericht	Sozialgericht Wiesbaden
Sachgebiet	Kindergeld-/Erziehungsgeldangelegenheiten
Abteilung	6
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 6 EG 10/15 und S 6 EG 12/16
Datum	01.11.2018

2. Instanz

Aktenzeichen	L 5 EG 9/18
Datum	24.01.2020

3. Instanz

Datum	-
-------	---

1. Die Klage wird abgewiesen.

2. Außergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.

Tatbestand:

Der Kläger begehrt von dem Beklagten die Zahlung von Elterngeld.

Der Kläger stellte nach der Geburt seiner 2014 in den USA geborenen Tochter einen Antrag auf Elterngeld für die ersten 14 Lebensmonate seiner Tochter. Die Ehefrau des Klägers ist US-Amerikanerin; sie arbeitet bei der US Armee.

Im Elterngeldantrag ist als Wohnanschrift des Klägers, seiner Ehefrau und seiner Tochter die deutsche Adresse "C-Straße, C-Stadt" angegeben. Gleichzeitig gab der Kläger beim Beklagten an, dass er sich trotz Weiterbestehens seines inländischen Arbeitsverhältnisses bei der D. seit Juni 2014 in den USA aufhalte. Es liegt eine Bescheinigung der D. über die Gewährung von Elternzeit für die Zeit vom 29.08.2014 bis 29.08.2015 vor, die später auch wegen der Geburt eines

weiteren Kindes â bis zum 13.05.2019 verlÃngert wurde.

WÃhrend des Verwaltungsverfahrens trug der KlÃger auf Nachfrage des Beklagten vor, dass er weiterhin in der Stadt E. gemeldet sei; als AngehÃ¶riger eines Nato-Mitgliedes bzw. als Sofa-Status-Besitzers seien er und seine Familienmitglieder nicht verpflichtet, sich beim Meldeamt registrieren zu lassen; daher werde er seine Tochter auch in Deutschland nicht melden. Er legte eine Kopie des "Status of forces agreement (SOFA) identification" vor.

Mit Bescheid vom 18.12.2014 wurde der Elterngeld-Antrag mit der BegrÃ¼ndung abgelehnt, dass kein Nachweis dafÃ¼r erbracht worden sei, dass der KlÃger mit seiner Tochter in einem gemeinsamen Haushalt lebe und dass er seine Tochter erziehe und betreue. Hiergegen legte der KlÃger mit Schreiben vom 12.01.2015 Widerspruch mit der BegrÃ¼ndung ein, dass er nachgewiesen habe, in Elternzeit zu sein, und er nicht verpflichtet sei, sich in Deutschland registrieren zu lassen oder abzumelden. Eine daraufhin beim Einwohnermeldeamt der Stadt E. eingeholte Auskunft vom 09.02.2015 ergab, dass der KlÃger seit dem 01.09.2011 in E-Stadt, E-StraÃe, gemeldet ist.

Daraufhin forderte der Beklagte den KlÃger mit einem an die E-Stadter Adresse gerichteten Schreiben vom 24.02.2015 auf, Nachweise dafÃ¼r vorzulegen, dass er mit seiner Tochter in den USA in einer hÃuslichen Gemeinschaft lebt und sie selbst betreut und erzieht; auÃerdem wurde er um Mitteilung des vorgesehenen RÃ¼ckreisedatums gebeten. Da dieses Schreiben mit dem Hinweis der D. "EmpfÃnger unter der angegebenen Anschrift nicht zu ermitteln" zurÃ¼ckkam, versandte der Beklagte das Schreiben am 04.03.2015 erneut an den KlÃger, dieses Mal an die im Antrag angegebene Adresse in C-Stadt. Eine an die Gemeinde C Stadt gerichtete Melderegisterauskunft ergab am 06.03.2015 allerdings, dass der KlÃger dort nicht gemeldet war.

Telefonisch gab der KlÃger am 16.03.2015 gegenÃ¼ber dem Beklagten an, dass er seine Wohnung in E-Stadt aufgegeben habe und seinen Hausstand bei einer Freundin, Frau F., in C-Stadt untergebracht habe. Er wolle nach seiner RÃ¼ckkehr aus den USA zunÃchst dort einziehen. Ein Mietvertrag existiere aber nicht. Seine Ehefrau bemÃ¼he sich um eine Versetzung nach Deutschland; zum Ende seiner Elternzeit werde er in jedem Fall nach Deutschland zurÃ¼ckkommen.

Der Widerspruch wurde mit Widerspruchsbescheid vom 30.03.2015 mit der BegrÃ¼ndung zurÃ¼ckgewiesen, dass die Angabe, dass MÃ¶bel in der Wohnung einer Bekannten in C-Stadt untergebracht seien, nicht beweise, dass er dort eine Wohnung habe und diese nach seiner RÃ¼ckkehr nutzen werde. Er habe auch keinen gewÃ¶hnlichen Aufenthalt in Deutschland, da dies eine regelmÃÃige Anwesenheit erfordere. Ein erneuter Antrag auf Elterngeld sei mÃ¶glich, sobald er mit seiner Tochter in Deutschland lebe.

Der Widerspruchsbescheid wurde laut handschriftlichem Ab-Vermerk am 31.03.2015 an die Adresse in C-Stadt versandt; eine Zweitausfertigung wurde auf Nachfrage des KlÃgers laut handschriftlichem Ab-Vermerk am 20.04.2015 erneut

an die Adresse in C-Stadt versandt.

Am 22.04.2015 hat der Klager mit einer als Anhang einer an den Beklagten gerichteten E-Mail Klage eingelegt; die Klageschrift ist vom Beklagten an das Gericht weitergeleitet worden und am 12.05.2015 bei Gericht eingegangen. Am 12.05.2015 ist auch eine handschriftlich unterschriebene Klageschrift beim Beklagten eingegangen, die vom Beklagten ebenfalls an das Gericht weitergeleitet worden und am 18.05.2015 bei Gericht eingegangen ist.

Zur Begrndung der Klage trgt der Klager vor, dass ihm Elterngeld zustehe, da er einen Wohnsitz in Deutschland in der C-Strae, C-Stadt, habe, denn er wohne hier immer, wenn er sich in Deutschland aufhalte. Auerdem habe er einen Arbeitsplatz in Deutschland und lebe mit seiner Tochter in einem gemeinsamen Haushalt, erziehe und betreue sie. Er halte sich nur als Gast in den USA bei seinen Schwiegereltern auf. Er habe niemals beabsichtigt, so lange in den USA zu bleiben; eine Rckkehr sei aus finanziellen Grnden bisher nicht erfolgt.

Nach Aufnahme eines auf ein Jahr befristeten Beschftigungsverhltnisses beim Generalkonsulat in A-Stadt, Texas, USA, zum 01.09.2015 â eine Genehmigung der Teilzeitttigkeit erfolgte durch den deutschen Arbeitgeber â ergnzt der Klager seine Klagebegrndung damit, dass die deutsche Regierung ihn zum Deutschen Generalkonsulat entsandt habe. Auch der whrend des Klageverfahrens im Januar 2017 hinzugetretene Bevollmchtigte des Klagers trgt fr den Klager vor, dass es unerheblich sei, ob der Klager seinen Wohnsitz oder gewhnlichen Aufenthalt in Deutschland habe. Er sei unstrittig deutscher Staatsangehriger und sei nachgewiesenermaen vorbergehend und befristet beim Deutschen Generalkonsulat ttig. Hierbei handle es sich um eine zwischenstaatliche Einrichtung unter Beteiligung der USA, dem US-Bundesstaat Texas und der Bundesrepublik Deutschland. Die Situation sei mit derjenigen eines beurlaubten Beamten mit einer befristeten Ttigkeit auerhalb des Geltungsbereichs des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes vergleichbar.

Der Klager beantragt, den Bescheid vom 18.12.2014 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 30.03.2015 aufzuheben und den Beklagten zu verurteilen, ihm Elterngeld fr die ersten 14 Lebensmonate seiner 2014 geborenen Tochter in gesetzlicher Hhe zu zahlen.

Der Beklagte beantragt, die Klage abzuweisen.

Der Beklagte verteidigt die von ihm getroffene Entscheidung mit der Argumentation, dass Elterngeld bei einem Wohnsitz und gewhnlichen Aufenthalt auerhalb Deutschlands nur dann gewhrt werde, wenn es sich um eine Entsendung im Rahmen eines im Inland bestehenden Arbeitsverhltnisses fr eine im Voraus begrenzte Zeit handle. Dies sei nicht der Fall; es liege auch keine Beurlaubung nach den Entsenderichtlinien des Bundes vor. Selbst unter der Annahme, dass der Klager aufgrund der Aufnahme der Teilzeitbeschftigung im

Generalkonsulat A Stadt die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt, so liege der frühestmögliche Anspruchsbeginn am 29.09.2015. Dies sei der 14. Lebensmonat der Tochter; ein Anspruch auf Elterngeld scheitere bereits daran, dass dann die zweimonatige Mindestbezugszeit nicht erfüllt sei.

Wegen des weiteren Vorbringens der Beteiligten sowie der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts wird auf die Gerichtsakte und die beigezogene Verwaltungsakte des Beklagten verwiesen, die beide Gegenstand der mündlichen Verhandlung am 01.11.2018 gewesen sind.

Entscheidungsgründe:

Die Klage ist zulässig.

Sie ist insbesondere fristgerecht gemäß [§ 87 Abs. 1 S. 1](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG) binnen eines Monats nach Bekanntgabe des Verwaltungsaktes erhoben worden. Zwar gilt nach [§ 37 Abs. 2 S. 1](#) Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) ein schriftlicher Verwaltungsakt, der im Inland durch die Post vermittelt wird, am dritten Tag nach der Aufgabe zur Post als bekannt gegeben. Der Kläger bestreitet jedoch, den Widerspruchsbescheid vom 30.03.2015, der laut handschriftlichem Ab-Vermerk am 31.03.2015 zur Post gegeben wurde, bekommen zu haben. Das Bestreiten des Zugangs, welches durch die Nachfrage des Klägers beim Beklagten vom 16.04.2015 nach dem Ergebnis des Widerspruchsverfahrens gestützt wird, sowie die Kenntnis des Beklagten, dass sich der Kläger unter der gewählten Postadresse nicht aufhält, reicht nach Ansicht des Gerichts, um die Vermutung des Zugangs zu erschüttern. Da der Beklagte den Zugang des am 31.03.2015 zur Post gegebenen Widerspruchsbescheides nicht beweisen kann, ist auf die am 20.04.2015 zur Post gegebene Zweitausfertigung des Widerspruchsbescheides vom 30.03.2015 abzustellen. Bis zum Ablauf der Klagefrist am 25.05.2015 lag beim Beklagten auch die unterschriebene, per Telefax eingereichte Klageschrift vor. Diese ist am 12.05.2015 beim Beklagten eingegangen, worauf es nach [§ 91 Abs. 1 SGG](#) beim Klageeingang bei einer unzuständigen inländischen Behörde wie hier ankommt.

Die Klage ist allerdings unbegründet. Der Bescheid vom 18.12.2014 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 30.03.2015 ist rechtmäßig. Der Kläger hat keinen Anspruch auf Elterngeld.

Der Bescheid ist formell rechtmäßig. Die Entscheidung ist von der gemäß [§ 12 Abs. 1 S. 3](#) Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) zuständigen Behörde, nämlich vom Hessischen Amt für Versorgung und Soziales Wiesbaden, getroffen worden, da der Kläger seinen letzten inländischen Wohnsitz in E-Stadt hatte, und E-Stadt zum örtlichen Zuständigkeitsbereich der handelnden Behörde gehört.

Der Bescheid ist auch materiell rechtmäßig.

[§ 1 Abs. 1 BEEG](#) sieht vor, dass Anspruch auf Elterngeld hat, wer einen Wohnsitz

oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat (Nr. 1), mit seinem Kind in einem Haushalt lebt (Nr. 2), dieses Kind selbst betreut und erzieht (Nr. 3) und keine oder keine volle Erwerbstätigkeit ausübt (Nr. 4).

Der Kläger hält sich seit Juni 2014 in den USA auf, weshalb der Kläger seinen gewöhnlichen Aufenthalt – was zwischen den Beteiligten auch unstrittig ist – nicht in Deutschland hat. Er hat auch keinen Wohnsitz in Deutschland. Zur Auslegung des Begriffs des Wohnsitzes ist die Definition aus [Â§ 30 Abs. 3](#) Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I) heranzuziehen, wobei gemäß [Â§ 37 S. 1](#) i.V.m. [Â§ 68 Nr. 15 SGB I](#) die Besonderheiten des BEEG zu berücksichtigen sind (Teilurteil des Bundessozialgerichts (BSG) vom 30.09.2010 – [B 10 EG 9/09 R](#)): Einen Wohnsitz hat jemand dort, wo er eine Wohnung unter Umständen innehat, die darauf schließen lassen, dass er die Wohnung beibehalten und benutzen wird.

Der Kläger trägt zwar vor, dass er bereits bei Geburt seiner Tochter plante und bis heute plant, nach Deutschland zurückzukehren. Bei der Prüfung des Wohnsitzes sind jedoch die objektiven Verhältnisse entscheidend; subjektive Elemente wie Absichten oder Vorstellungen des Berechtigten bleiben unberücksichtigt. Es kommt darauf an, ob ein an den objektiven Verhältnissen zu messender realisierender Wille vorhanden ist, an einem bestimmten Ort zu wohnen (siehe beispielsweise Urteile des BSG vom 12.12.1985 – [10 RKg 14/85](#) – und vom 03.12.2009 – [B 10 EG 6/08 R](#)). Zwar kommt grundsätzlich auch die Beibehaltung eines Wohnsitzes im Inland auch bei einem längeren Auslandsaufenthalt in Betracht, aber hierfür muss nach Ansicht des Bundessozialgerichts die Wohnung im Inland mit der Absicht der Rückkehr beibehalten bleiben und der Rückkehr dürfen keine tatsächlichen Hinderungsgründe entgegen stehen, die Wohnung muss also jederzeit zur Verfügung stehen (Urteil des BSG vom 26.07.1979 – [8b RKg 12/78](#)).

Der Kläger hat die von ihm zuletzt bewohnte Wohnung in E-Stadt bei seiner Ausreise in die USA aufgegeben und seinen Hausstand in der Wohnung einer Bekannten in C-Stadt untergebracht. Über eine eigene Wohnung, die für ihn und seine Familie jederzeit bereit steht, verfügt er nicht. Das Unterkommen in der Wohnung einer Bekannten für eine Übergangszeit ist nicht ausreichend, um einen Wohnsitz des Klägers im Inland zu begründen. Bereits zum Zeitpunkt seiner Ausreise in die USA war demnach ein möglicherweise tatsächlich vorhandener Rückkehrwille nicht an objektiven Gegebenheiten erkennbar.

Auch die Anspruchserweiterung gemäß [Â§ 1 Abs. 2 S. 1](#) für Elterngeldberechtigte, die keinen inländischen Wohnsitz und keinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben, greift vorliegend nicht. Nach dieser Vorschrift hat Anspruch auf Elterngeld auch, wer, ohne die Voraussetzungen des Absatzes 1 Nr. 1 zu erfüllen, nach [Â§ 4](#) des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IV) dem deutschen Sozialversicherungsrecht unterliegt oder im Rahmen seines in Deutschland bestehenden öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnisses vorübergehend ins Ausland abgeordnet, versetzt oder kommandiert ist (Nummer 1), Entwicklungshelfer oder Entwicklungshelferin im Sinne des [Â§ 1](#) des Entwicklungshelfer-Gesetzes ist oder als Missionar oder

Missionarin der Missionswerke und âgesellschaften, die Mitglieder oder Vereinbarungspartner des Evangelischen Missionswerkes Hamburg, der Arbeitsgemeinschaft Evangelikaler Missionen e.V., des Deutschen katholischen Missionsrates oder der Arbeitsgemeinschaft pfingstlich-charismatischer Missionen sind, txtig ist (Nummer 2) oder die deutsche Staatsangehrigkeit besitzt und nur vorbergehend bei einer zwischen- oder berstaatlichen Einrichtung txtig ist, insbesondere nach den Entsenderichtlinien des Bundes beurlaubte Beamte und Beamtinnen, oder wer vorbergehend eine nach Â§ 123a des Beamtenrechtsrahmengesetzes oder [Â§ 29](#) des Bundesbeamtengesetzes zugewiesene Txtigkeit im Ausland wahrnimmt (Nummer 3).

Alle drei Anspruchserweiterungen liegen vorliegend aber nicht vor. [Â§ 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 BEEG](#) scheitert daran, dass der Klger nicht auf Weisung seines Arbeitgebers des im Inland bestehenden Beschftigungsverhltnisses, also nicht auf Weisung der D., im Ausland txtig ist, was fr alle drei Varianten der Nummer 1 jedoch Voraussetzung ist. Der Klger ist aus privaten Grnden in die USA ausgereist und hat sich dort eine Teilzeitbeschftigung gesucht, die er mit Genehmigung der D. whrend der Elternzeit ausbt. Eine Arbeitsaufnahme auf Weisung des deutschen Arbeitgebers, der ihn zu diesem Zweck ins Ausland entsandte, liegt eindeutig nicht vor.

[Â§ 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 BEEG](#) ist unstreitig nicht gegeben, weil der Klger nicht als Missionar im Ausland ist.

Schlielich ist auch [Â§ 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 BEEG](#) nicht einschgig. Der Klger besitzt zwar die deutsche Staatsangehrigkeit, er ist aber nicht bei einer zwischen- oder berstaatlichen Einrichtung txtig. Zwischen- oder berstaatlichen Einrichtungen sind internationale und supranationale Einrichtungen wie z.B. die Vereinten Nationen (UN) oder die Europische Union (EU). Sie sind im Anhang der Entsenderichtlinien des Bundes im Verzeichnis der ffentlichen zwischen- oder berstaatlichen Einrichtungen aufgezhlt, wobei das Verzeichnis nicht abschlieend ist. Das Generalkonsulat in A-Stadt, Texas, USA, ist hier ebenso wenig aufgezhlt wie andere Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland. Solche Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland, also die deutschen Botschaften als diplomatische Vertretungen und Generalkonsulate als deren Austellen, haben auch gerade nicht den in Nummer 3 geforderten zwischenstaatlichen bzw. berstaatlichen Bezug. Zwischen- und berstaatliche Einrichtungen zeichnen sich gerade dadurch aus, dass verschiedene Staaten daran beteiligt sind und ihre rechtlichen Zustndigen entweder auf eine hhere Ebene verlagern oder gemeinsam handeln. Dies ist nach Ansicht des Gerichts beim Generalkonsulat A-Stadt und anderen Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland nicht der Fall, weil hier â zwar auf exterritorialem Gebiet, aber â allein deutsche Behrden (auf diplomatischem und konsularischem Gebiet) handeln.

Hinzu kommt, dass Elterngeld nur fr volle Lebensmonate des Kindes in Anspruch genommen werden kann ([Â§ 4 Abs. 2 S. 1 BEEG](#)). Einem Anspruch auf Elterngeld nach Aufnahme der Teilzeitbeschftigung im Generalkonsulat A-Stadt fr den

14. Lebensmonat des Kindes ab 29.09.2014 steht die Mindestbezugsdauer von zwei Monaten ([Â§ 4 Abs. 3 S. 1 BEEG](#) in seiner vom 01.08.2013 bis 31.12.2014 geltenden Fassung) entgegen.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#) und entspricht dem Ausgang des Verfahrens.

Die Berufung ist gemÃ¤Ã [Â§ 143, 144 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SGG](#) zulÃ¤ssig, weil der Streitwert die dort genannten 750 Euro Ã¼bersteigt.

Erstellt am: 10.03.2020

Zuletzt verÃ¤ndert am: 23.12.2024